



**Europäischer Ausschuss
der Regionen**

Rede zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union

von Vasco Alves Cordeiro, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

11. Oktober 2022

#SOTEULocal



DE



**Europäischer Ausschuss
der Regionen**

Rede zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union

von Präsident Vasco Alves Cordeiro

Regionen und Städte als Vorbilder für Solidarität, Fortschritt und Hoffnung

151. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Dienstag, den 11. Oktober 2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich stehe hier und heute vor Ihnen, um über die Lage der Regionen und Städte unserer Union zu sprechen.

Ich könnte eine launige Rede halten, gespickt mit schönen Worten und Zitaten.

Aber ich möchte hier zunächst den Stimmen all derjenigen Gehör verschaffen, die unsere Städte, Regionen und Gemeinschaften ausmachen:

die Arbeitnehmer, Landwirte, Unternehmer und Betriebe, kurzum die Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich für die jungen Menschen sprechen, die selbstständig leben möchten, aber auf der mühevollen Suche nach angemessenem Wohnraum verzweifeln.

Lassen Sie mich für die Eltern sprechen, die darum kämpfen, eine angemessene und erschwingliche Tagesbetreuung für ihr Kind zu finden.

Lassen Sie mich für die Arbeitnehmer sprechen, die nicht wissen, ob sie nach der Schließung ihres Unternehmens eine neue gute Arbeit finden werden.

Lassen Sie uns alle für die Kleinunternehmer sprechen, die ihren Laden schließen und ihre Angestellten entlassen mussten, nachdem die Kosten auf das Zehnfache gestiegen waren.

Lassen Sie uns für die eine Million der Millionen Menschen sprechen, die aus einem europäischen Land, der Ukraine, geflohen sind und alles zurücklassen mussten, nachdem ihr altes Leben durch einen brutalen und illegalen Krieg zerstört wurde, und die sich fragen: „Was sollen wir jetzt tun?“

Lassen Sie uns für die Urlauber und Menschen auf Campingplätzen sprechen, die vor Bränden geflüchtet sind.

Lassen Sie uns für die Menschen sprechen, die sich Sorgen machen, ob ihre Enkelkinder in einem lebenswerten Umfeld alt werden können, in dem man noch gesunde Luft zum Atmen hat.

Und ich betonte noch einmal, lassen Sie uns für die Bürgerinnen und Bürger sprechen, die nicht wissen, ob sie überhaupt gehört werden ...

Die Lage der Regionen und Städte kann nicht von der vielfältigen Lebenssituation der Menschen überall in Europa getrennt betrachtet werden, ebenso wie die Lage der Europäischen Union nicht vollständig und umfassend beurteilt werden kann, wenn wir die Lage ihrer Regionen und Städte außer Acht lassen.

Wir, die demokratischen Vertreterinnen und Vertreter der lokalen und regionalen Ebene, wissen um die Zweifel und Ängste von Millionen von Europäerinnen und Europäern, die gerechtfertigt sind und Antworten erfordern, denn wir werden tagtäglich mit ihnen konfrontiert.

Keiner von uns, die wir eine politische Pflicht übernommen haben und eine demokratische Verantwortung tragen, wird sich der Aufgabe entziehen, Antworten zu geben.

Und wir liefern Antworten, solidarische Antworten.

Wir können hier und heute Anregungen aus vielen Beispielen ziehen, und das macht uns stolz. Es sollte auch unsere Union stolz machen.

Stolz auf die polnische Stadt Warschau, die 14 000 Freiwillige mobilisiert hat, um mehr ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen als Italien und Frankreich zusammen, und ihnen ein Dach über dem Kopf, medizinische Versorgung, ein Bildungsangebot und Rechtsbeistand zur Verfügung gestellt hat.

Stolz auf die Stadt Antwerpen, die eine Vorreiterrolle gespielt hat bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie für die psychische Gesundheit der am stärksten gefährdeten Menschen, insbesondere junger Menschen.

Stolz auf Lappeenranta in Finnland, wo sieben künstliche Regenwasser-Feuchtgebiete gebaut wurden, um unsere biologische Vielfalt zu schützen.

Stolz auf die Region Mähren und Schlesien in Tschechien, die beim Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft vorangeht, indem sie 5 000 Menschen umschult und nun auf Elektroautos und emissionsfreie Fahrzeuge umstellt.

Stolz auf die Region La Rioja in Spanien, die uns in ihrer Regierungsführung zeigt, wie man die Gleichstellung der Geschlechter vorbildlich verankern kann, im Haushalt, in der Verwaltung, bei der Erstellung von Programmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und beim Druck auf die Wirtschaft, den Zugang von Frauen zur Beschäftigung zu verbessern.

Stolz auf Poitiers in Frankreich, wo im Geiste des von uns geforderten ständigen Dialogs eine Bürgerversammlung eingerichtet wurde, in der Mieter von Sozialwohnungen, Freiwillige, lokale Unternehmen und Akteure der Zivilgesellschaft zusammenkommen, um ihr Gemeinwesen zu gestalten.

Wir könnten noch viele andere Beispiele nennen, so viele weitere Geschichten über Regionen und Städte in der gesamten Union erzählen, die jeden Tag Beispielhaftes leisten, die auf Zweifel und Ängste der Menschen eingehen und einen Weg in die Zukunft aufzeigen.

Diese Erfahrungsberichte aus ganz Europa machen unmissverständlich deutlich, dass die Regionen und Städte leuchtende Vorbilder für Solidarität, Fortschritt und Hoffnung sind. Die Regionen und Städte sind die tragenden Säulen der europäischen Werte und Grundsätze.

Deshalb möchte ich hier und heute die wichtige Arbeit würdigen, die Bürgermeister, Gemeinderäte, Gouverneure und Regionalminister gemeinsam mit allen öffentlichen

Verwaltungen tagtäglich in unserer gesamten Union leisten. *Sie sind es, die Europa tagtäglich Wirklichkeit werden lassen.*

Dies sollten wir alle ständig vor Augen haben.

Dies muss allen bewusst sein.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Lage der Regionen und Städte, die ich Ihnen heute darlege, gestaltet sich nicht im luftleeren Raum, hinter unseren Grenzen oder fernab von den Herausforderungen der Welt.

Vor mehr als sieben Monaten hat Wladimir Putin seinen brutalen Krieg gegen die Ukraine entfacht und Tod und Zerstörung in einer Weise entfesselt, die unser Kontinent schon lange nicht mehr erlebt hat. Dieser Überfall ist nicht nur ein Angriff auf ein souveränes Land, es ist auch ein Angriff auf unsere Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Es ist ein Angriff auf das, wofür die Europäische Union steht.

Es ist ein Angriff auf jeden von uns.

Seit dem allerersten Kriegstag haben die Regionen und Städte in ganz Europa mit Solidarität reagiert.

Wir haben Obdach gewährt, unsere Schulen geöffnet, Unterkünfte bereitgestellt, Verbandskästen verteilt und Fahrzeuge geschickt.

Und noch während Nothilfe geleistet wurde, haben wir unseren Blick auf die Zukunft gerichtet. Eine vielversprechende Zukunft mit einer wiederaufgebauten Ukraine, die in Frieden lebt und auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist.

Die Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine, die wir gemeinsam mit unseren Partnerverbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU und der Ukraine ins Leben gerufen haben, soll durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen zu einem erfolgreichen Wiederaufbau beitragen. Die Allianz hat auch die Aufgabe, die Bedeutung der lokalen und regionalen Regierungs- und Verwaltungsebene beim Wiederaufbau herauszustellen.

Vor allem heute, nach den gestrigen schrecklichen Angriffen auf ukrainische Städte, wird wieder deutlich, dass der Weg zum Frieden immer noch lang ist und wir weiterhin entschlossen vorgehen müssen. Wir stehen für eine souveräne Ukraine und ihre territoriale Integrität und Einheit. Daran werden auch Scheinreferenden nichts ändern.

Dies ist die Botschaft der Solidarität und Entschlossenheit, die ich dem ukrainischen Volk und den ukrainischen Regionen und Städten vermitteln möchte.

Sie sind nicht allein, und Sie haben unsere uneingeschränkte und dauerhafte Unterstützung in dieser schrecklichen Prüfung.

Dies ist auch die Botschaft, die ich Ursula von der Leyen und der Europäischen Kommission übermitteln möchte. Die Aufgabe des Wiederaufbaus der Ukraine hat beispiellose Dimensionen. Wir haben die Ankündigung, 100 Millionen Euro für den Wiederaufbau der ukrainischen Schulen bereitzustellen, als zukunftsweisende Verpflichtung begrüßt. Die lokalen Gebietskörperschaften spielen hier eine wichtige Rolle – wir möchten helfen!

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen und im Vorfeld der Wiederaufbaukonferenz in Berlin einen konkreten Vorschlag unterbreiten: eine eigene Haushaltslinie für die regionale und lokale Zusammenarbeit bei Wiederaufbaumaßnahmen.

Wir haben die Ärmel hochgekrepelt und sind bereit, mehr zu tun.

Geben Sie uns die Instrumente, und wir tragen dazu bei, dass die Arbeit getan wird!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses schrecklichen Krieges sind auch hier bei uns ganz deutlich zu spüren.

Die aktuelle Energiekrise trifft Haushalte, insbesondere die schwächsten Haushalte, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen.

Angesichts des bevorstehenden Winters müssen wir uns dieser Notlage stellen, und auch hier sind es vor allem die Regionen und Städte, die die Menschen entlasten.

Wir sehen Anlass zu Besorgnis in ganz Europa: Es besteht die Gefahr, dass Städten der Strom ausgeht und sie Schwierigkeiten haben, grundlegende Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erbringen, etwa mit Blick auf den öffentlichen Verkehr oder die Müllabfuhr oder einfach die Tatsache, dass Schulen beheizt werden können, damit die Kinder nicht zum Fernunterricht nach Hause geschickt werden müssen.

Senkung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden, Abschaltung der nächtlichen Beleuchtung von Denkmälern, weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen auf kommunalen Straßen, Investitionen in erneuerbare Energien, Sensibilisierung der Bevölkerung – die auf regionaler und lokaler Ebene ergriffenen Initiativen sind ebenso zahlreich wie vielfältig.

Es ist jedoch nicht einfach, und wieder einmal steht die Solidarität in Europa dem Spiel. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen deshalb bei ihren Anstrengungen um Energieeinsparungen unterstützt werden, und wir werden unseren Beitrag leisten.

Eine Union, in der die Menschen entscheiden müssen, ob sie essen oder ihre Wohnung heizen, ist keine Union, die Bestand hat.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die katastrophale Lage im Energiebereich ist Teil einer größeren Gleichung, eines umfassenderen Wandels unserer Gesellschaften.

Wir verringern jetzt sehr schnell unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, aber dies sollte nicht nur deshalb geschehen, weil die Importe aus Russland kommen.

Wir hätten damit bereits vor Jahrzehnten beginnen müssen, um die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft vorzunehmen. Die schrecklichen Brände in diesem Sommer sind ein weiteres deutliches Zeichen für den Klimanotstand, den wir heute erleben. Dies ist eine Frage des Überlebens.

Morgen werden wir unsere Vision mit Blick auf die COP 27 erörtern. Nachdem das globale Anpassungsziel auf dem Tisch liegt, sollten wir dafür sorgen, dass es in den Maßnahmen auf lokaler Ebene seinen Niederschlag findet. Globale Herausforderungen wie die Klimakrise werden schneller, einfacher und effizienter bewältigt, wenn auch wir und die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden.

Als Institution sind wir sogar zum Handeln verpflichtet. Deshalb arbeiten wir bereits daran, den Ausschuss der Regionen zu einer klimaneutralen Institution zu machen. Wir wollen unseren jährlichen CO₂-Ausstoß bis Ende 2030 um 30 % senken. Wir werden auch als Institution unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um unseren Energieverbrauch zu senken.

Dies sollte sich indes nicht nur auf unsere Verwaltung beschränken. Ich schlage deshalb vor, beginnend mit unserer nächsten auswärtigen Präsidiumssitzung im Frühjahr in Schweden eine politische Berichterstattung über unsere Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten. Ich zähle darauf, dass sich jeder von Ihnen an diesen Bemühungen beteiligt und mit gutem Beispiel vorangeht.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Klimakrise und der Folgen des brutalen Krieges gegen die Ukraine dürfen wir nicht vergessen, dass wir nunmehr seit fast drei Jahren mit der COVID-19-Pandemie konfrontiert sind. Inzwischen leben wir mit der Pandemie, mit ihren menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten.

All diese Herausforderungen bedeuten letztlich, dass wir unsere Union in die Lage versetzen müssen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, das Leben der Menschen jeden Tag zu verbessern, für eine gesunde Umwelt zu sorgen und dabei unsere Grundwerte zu respektieren. Und dies beginnt mit angemessenen Investitionen.

Seit Jahrzehnten trägt die Kohäsionspolitik dazu bei, die Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Ich bin stolz darauf, auf eine starke Partnerschaft mit Kommissarin Elisa Ferreira, unserer engsten Verbündeten, zählen zu können.

Die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, wie die Bewältigung der Pandemie und die Erholung nach der Pandemie, die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine und die Energiekrise, haben die Kohäsionspolitik ganz erheblich gefordert.

Deshalb ist es nun an der Zeit, eine Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik zu beginnen. Morgen werden wir zusammen mit den wichtigsten Verbänden der Regionen und Städte eine neue Allianz für die Kohäsionspolitik ins Leben rufen, die das bedeutendste Diskussionsforum werden soll, um sowohl Verbündete, aber auch diejenigen, die noch nicht vom Mehrwert der Kohäsionspolitik überzeugt sind, zu mobilisieren.

Der Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ muss weiter gelten, und die Arbeit beginnt jetzt.

Wir müssen für eine starke territoriale Dimension in allen Politikbereichen der EU sorgen, die über die Kohäsionspolitik hinaus weitreichende Auswirkungen in den Städten und Regionen haben.

Deshalb wird sich der Ausschuss der Regionen dafür starkmachen, dass eben jener von EU-Kommissarin Elisa Ferreira Anfang dieses Jahres eingeführte Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ in allen EU-Politikbereichen berücksichtigt wird.

Besonders aktuell ist dies auch im Hinblick auf die von der Europäischen Kommission für das kommende Jahr angekündigte Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens. Der gegenwärtige Haushalt wurde in einer anderen Welt aufgestellt und muss neu ausgerichtet werden, um die strategische Autonomie Europas zu gewährleisten, den Wiederaufbau der Ukraine vorzubereiten und uns für mögliche neue Gesundheitsgefahren zu rüsten. Wir müssen ihn deshalb anpassen und einen ehrgeizigen Haushalt aufstellen, der allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt. Die Überprüfung sollte jedoch grundlegende Politikbereiche wie die Kohäsionspolitik nicht beeinträchtigen.

Bei künftigen Investitionsstrategien und -instrumenten der EU sollten die Erfahrungen mit dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ berücksichtigt werden, bei dessen Ausarbeitung und Umsetzung kaum mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammengearbeitet wurde. Ich weise immer wieder darauf hin, dass die Strategien und Programme der EU nur durch die Einbeziehung der Regionen und Städte optimale Ergebnisse erzielen und unsere Gemeinschaften stärken können.

Nachhaltige Investitionen und Reformen, die unsere Union gerechter und wirksamer machen, gehen Hand in Hand mit dem Sozialvertrag, der uns verbindet. Wie ich bereits sagte, ist die soziale Not in Europa heute groß, und nun, da wir die Strategien für morgen konzipieren, dürfen wir die ursprüngliche Aufgabe der europäischen Integration nicht vergessen: die Sicherstellung des sozialen Fortschritts.

Als Union, in unseren Regionen und in unseren Städten müssen wir den Zugang zu Wohnraum sicherstellen, Kinder aus der Armut befreien, die Gleichstellung der Geschlechter fördern, gute Arbeitsplätze für alle schaffen, für die Bildung unserer Jugend sorgen und unsere Krankenhäuser ausbauen. 2023 ist das Europäische Jahr der Aus- und Weiterbildung, und wir müssen deshalb alle unsere lokalen und regionalen Talente nutzen, um ein soziales Europa zu schaffen, in dem niemand zurückgelassen wird.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor Sie nun zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union das Wort ergreifen, möchte ich Ihnen darlegen, warum dies eine Aufgabe für uns alle ist. Wir alle sind entschlossen und bereit, Veränderungen herbeizuführen, denn wir haben nicht nur ein demokratisches Mandat, sondern auch eine demokratische Pflicht.

Als der Vertrag von Maastricht vor dreißig Jahren unterzeichnet wurde, erhielt die europäische Demokratie eine neue Dimension, für die wir heute stehen: die lokale und regionale Dimension, die den Grundsatz der Subsidiarität verkörpert, einen Pfeiler der demokratischen Union.

Dreißig Jahre später, beim Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas, sind die Forderungen nach einer stärkeren Einbindung der Städte und Regionen in alle Politikbereiche der EU und nach neuen Kanälen der Beteiligung am Dialog noch lauter geworden.

Wir im Ausschuss der Regionen haben dies verstanden und fordern einen ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Demokratie ist nicht statisch und muss ihre Grundlage ständig erweitern und die Wege für die Teilhabe an einem fein austarierten Gleichgewicht zwischen repräsentativen und deliberativen Praktiken ausbauen.

Deshalb sind wir Vorreiter bei der Zusammenarbeit mit jungen Menschen, aber nicht, weil dieses Jahr den jungen Menschen gewidmet ist, sondern weil wir grundsätzlich dafür stehen. Ich denke, wir sind alle stolz darauf, dass wir auf unserer nächsten Plenartagung die europäische Charta für Jugend und Demokratie auf den Weg bringen werden, die gemeinsam mit jungen Menschen und Jugendorganisationen ausgearbeitet wurde.

Auch deshalb ist der Ausschuss der Regionen bereit, bei Initiativen zur Stärkung der Frauen bei Kommunal- und Regionalwahlen mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

Da wir aktiv an der Formulierung der Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas mitgewirkt haben, werden wir auch die uns zukommende Rolle bei der Umsetzung der

Schlussfolgerungen auf unserer Ebene übernehmen und auch intern unsere Arbeit im Rahmen der geltenden Verträge leisten. Sollte ein Konvent einberufen werden – eine Idee, die von uns unterstützt wird, – werden wir selbstverständlich bereit sein, einen Beitrag zu leisten und für die Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an diesem verfassungsrechtlichen Prozess zu sorgen.

In der Zwischenzeit werden wir jedoch nicht untätig bleiben. Als Versammlung der lokalen und regionalen Mandatsträger haben wir die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften rechtzeitig einen Beitrag zur Debatte auf europäischer Ebene leisten können.

Die Konferenz mag abgeschlossen sein, aber die Arbeit geht weiter. Wir müssen mit den Vorbereitungen für die nächsten Europawahlen und die nächste Wahlperiode beginnen. Und wir sollten eine Reihe von Initiativen auf den Weg bringen, um uns vorzubereiten und eine Vision für die nächste strategische Agenda und die nächsten politischen Leitlinien der künftigen Europäischen Kommission zu entwickeln, die vor den nächsten Europawahlen vorgelegt werden sollen.

Wir sind eine politische Versammlung mit beratenden Befugnissen, und unsere Stellungnahmen werden dann am meisten bewirken, wenn sie zur richtigen Zeit kommen, nämlich dann, wenn die Strategien der EU entwickelt oder beschlossen werden. Wir müssen möglichst gut aufgestellt sein, um das nächste Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und die nächste Rede zur Lage der Union strategisch beeinflussen zu können.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Liste der Aufgaben ist lang. Die Erwartungen sind hoch.

Vor 100 Tagen haben Sie mich zum Präsidenten gewählt, und ich habe mich verpflichtet, mit Ihnen allen für ein stärkeres und gerechteres Europa zusammenzuarbeiten, die Kohäsionspolitik zu verteidigen und das politische Profil unserer Versammlung zu schärfen.

Es ist unsere Pflicht, für greifbare Ergebnisse zu sorgen und dazu beizutragen, dass die Zweifel und Ängste der Menschen in unseren Städten und Regionen ausgeräumt werden.

Wir sollten für mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt und mehr Demokratie eintreten, um die Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union zu verbessern. Wenn wir dies tun, dann werden wir die Lage der Union zwangsläufig stärken und optimistischer in die Zukunft blicken können.

Ich danke Ihnen.



Europäischer Ausschuss der Regionen





Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die politische Versammlung der EU mit 329 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Unsere Mitglieder sind gewählte Regionalpräsidenten/-innen, Mitglieder von Regional- oder Gemeinderäten und Bürgermeister/-innen, die gegenüber mehr als 446 Millionen europäischer Bürgerinnen und Bürger demokratisch rechenschaftspflichtig sind. Das Ziel des AdR besteht im Wesentlichen darin, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den EU-Beschlussfassungsprozess einzubeziehen und sie über die Unionspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat müssen den Ausschuss in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anhören. Zur Wahrung des EU-Rechts kann der AdR den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen wird oder die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften übergangen werden.

Herausgegeben von der Direktion Kommunikation des Europäischen Ausschusses der Regionen

Brussels, Oktober 2022
© Europäische Union, 2022



Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brussel | BELGIQUE/BELGIË
Tel. +32 22822211 | e-mail: visuals@cor.europa.eu | www.cor.europa.eu

 @EU_CoR |  /european.committee.of.the.regions |  /european-committee-of-the-regions |  @EU_regions_cities